

Die Hausbesetzung im Jahr 1981



Ein Slogan der Hausbesetzerbewegung der frühen 1980er Jahre wirkt heute merkwürdig anachronistisch: "Lieber leerstehende Häuser besetzen als fremde Länder." Damals war der Spruch gewandt gegen die Eltern- und Großelterngeneration, deren Kritik an den Hausbesetzungen so elegant mit dem Hinweis auf die

Naziverbrechen zurückgewiesen werden konnte. In der Hochzeit der Bewegung lebten einige Tausend, zumeist junge Menschen "illegal" in besetzten Häusern; mit Sicherheit waren es mehr, als sich heute wieder in Bundeswehruniform in fremden Ländern rumtreiben. So wie es heute nicht so ungewöhnlich ist, jemanden zu kennen, der als Besatzer schon durch Kabul gestreift ist, hatten seinerzeit viele Jugendliche Bekannte, die in besetzten Häusern lebten oder zumindest mal in einem übernachtet hatten.

Überraschend war es also nicht, dass Ende Mai 1981 auch in Celle eine Hausbesetzung stattfand. Überraschend war vielleicht der martialische Polizeieinsatz, der sie beendete - und kurios, dass und warum sie keine Schlagzeilen machte.

Seit drei Jahren standen vier alte Fachwerkhäuser "Am Heiligen Kreuz", also im Herzen der Altstadt leer. Sie gehörten der Stadt, die aber weder ein Interesse an Vermietung, noch an Renovierung erkennen ließ. Auch andere Verwendungsoptionen waren öffentlich nicht bekannt. Dass es sich um die seinerzeit übliche Praxis "Leerstand - Niedergang - Abriss - Neubau durch Investoren" handelte, konnte vermutet werden.

Als Skandal konnte man es schon empfinden, dass die Stadt ein kleines Fachwerkensemble verrotten ließ. Auf der anderen Seite gab es einen enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt: Billig waren Wohnungen kaum zu bekommen, und für Wohngemeinschaften oder auch nur unverheiratete Paare schon gar nicht.

"Zimmer frei!!
1. Hausbesetzung in Celle

Seit dem 27.5. wird in Celle das Haus "Heiliges Kreuz 12" instandbesetzt.

Dieses Haus, das der Stadt Celle gehört, steht bereits seit 3 (drei) Jahren leer, obwohl es in einem guten Zustand ist.

Gleichzeitig suchen hunderte Celler eine Wohnung.

Darum haben wir diese Initiative ergriffen. Wir brauchen eure UNTERSTÜTZUNG!!!!!!!

Besucht das besetzte Haus.

Informationsveranstaltung: Freitag, 29.5., 18.00 Uhr im Haus.

Die Besetzer

Vi.S.d.P.: Die Zustände"

Mit diesem knappen Kommuniqué informierte die kleine Hausbesetzergruppe die "Szene", die entgegen des üblichen Tratsches tatsächlich vorher mal nichts von der geplanten Aktion mitbekommen hatte. Aber noch bevor die "Zimmer frei"-Werbung ihre Wirkung richtig entfalten konnte, stand am Freitag morgen die Polizei vor der Tür. Auf die Frage eines Besetzers nach einer irgendwie gearteten Legitimation wurde ihm von einem Polizisten die Faust gezeigt: "Das ist unsere Räumungsverfügung". Die am frühen Morgen noch anwesenden vier Besetzer verließen das Haus "kampflos" und unter Abgabe ihrer Personalien. Die Stadt machte sich gleich an eine besondere Art der Stadtverschönerung: Im Erdgeschoss wurden die Fenster der leerstehenden Häuser wurden mit Spanplatten zugenagelt.

Am selben Abend gab es eine Spontandemonstration (d.h. unangemeldet) durch die Innenstadt mit vielleicht 50 TeilnehmerInnen, von denen etwa die Hälfte das Haus gegen 19 Uhr erneut besetzte. Noch während in Hannover eine Druckmaschine lief, um am kommenden Tag die Bevölkerung zu informieren, setzte sich die Räumungsmaschinerie erneut in Gang. Vor und hinter dem Haus bauten sich rund 130 Polizisten in schwerer Montur auf - ein für den Charakter der Besetzung und das kleinstädtische Umfeld dann doch martialischer Aufzug, der seine Wirkung nicht verfehlte.

In der Schülerzeitung "Schlemihl" fand sich später folgende Tagebuchnotiz:

"das erste mal in einem besetzten haus. Die häuser sind zum heulen schön. Ein verwinkelter bau, eine architektur ... du hebst ab. Der schrei 'die bullen kommen' schmeißt dich auf den boden zurück. Hektik bis zur zerreißgrenze. Jetzt bloß schnell raus. Draußen fahren schon die hundertschaften auf. Sehr matschiges gefühl, weil du lieber drinnen und draußen zugleich bist. Doch endlich - denkst du - ist die letzte mauer überwunden. Doch dann, bei den ersten begegnungen, bricht die woge der wut über dich herein. Die brauchen dich - doch du bist nicht da. Wärs du doch dringeblichen! Doch jetzt gibt es kein zurück mehr. Der polizeistaat fährt auf. Sie drängen dich von der mauer weg. Noch singt Tina. Bald schalten sie den lichtmast ein. Rammgeräusche. Jetzt ist es endgültig zu spät. Du fühlst dich elend. Schock! Die fahrräder müssen gesichert werden. Als das getan ist, erfährst du auf der anderen seite von einem ultimatum. Wieder herum, steht fest: Die

lassen denen drinnen keine zeit, herauszukommen. Ein fotograf soll abgedrängt werden. Zeugen sind nicht gefragt. Endlich! Die besetzer kommen. Doch lange währt das spießrutenlaufen. L. kommt als erster raus. Jubelgeschrei! Dann die anderen. Unverletzt, zum glück. Doch einige werden abgeführt. Scheiße." (aus: Schlemihl, Nr. 8, S. 34)

Die Stadt hatte mit dieser erneuten Besetzung nicht gerechnet; diesmal allerdings hatte die Staatsgewalt eine "Räumungsverfügung" dabei:

"Sie haben sich widerrechtlich in den Besitz der in städt. Eigentum befindlichen Häuser Am Heiligen Kreuz 11, 12 und 13 gesetzt. Hiermit werden sie aufgefordert, die von Ihnen besetzten Häuser Am Heiligen Kreuz 11, 12 u. 13 sofort zu räumen.

Für den Fall, dass sie dieser Aufforderung nicht innerhalb von 15 Minuten Folge leisten, wird die Polizei die Räumung zwangsweise durchführen.

In Vertretung:
[Unterschrift]"

Ein merkwürdiges Dokument: Weder ist es auf Briefpapier der Stadt geschrieben, hat also im eigentlichen Sinne keinen Briefkopf, noch ist die Unterschrift auch nur im entferntesten leserlich. Die Räumung selbst beschrieben die Besetzer in einem Flugblatt "20 Hausbesetzer - 120 Polizisten" so:

"Um 23 Uhr trafen die ersten Mannschaftswagen ein. Wir waren uns einig, daß die Aktion von unserer Seite aus gewaltfrei verlaufen sollte. (Was auch so blieb.) Nachdem die Polizei nicht bereit war, uns nach vorne (Heiliges Kreuz) räumen zu lassen, setzten wir uns eingehakt in einen Raum des Hauses. In wenigen Minuten waren sie oben. Sie sicherten uns zu, daß wir geschlossen hinunter gehen könnten. Das wurde jedoch nicht eingehalten. Wer den Nachbarn nicht loslassen wollte, bekam Knüppelschläge auf die Hände. Jeder Polizist war ausgerüstet mit Schild, Pistole und Schlagstock. 3 Hunde waren mit eingesetzt. Der Nordwall und das Heilige Kreuz waren abgeriegelt worden. Glücklicherweise waren viele Celler Bürger und Sympathisanten auf der Straße, die vielleicht durch ihre Anwesenheit ein brutaleres Vorgehen der Polizei verhindert haben."

Den Samstag nutzte die dann schon 50, 60 Leute zählende Bewegung zunächst zur Verteilung von Flugblättern. Und dabei ging es nicht nur darum, die eigene Sicht der Dinge darzustellen, sondern überhaupt die Öffentlichkeit zu informieren. Denn, wer in jenen Tagen die Cellesche Zeitung aufschlug, erfuhr vielleicht etwa über eine "Flug-Demonstration der Heeresflieger", nichts aber über die Hausbesetzung und den Polizeieinsatz. Im Hause Pfingsten hatte man sich auf die Linie festgelegt: Kein Wort über das Geschehen. (Woran sich - man möge uns korrigieren - bis heute nichts geändert hat.)

Aufgerufen wurde zu einem abendlichen Meeting vor den Häusern. Daraus entwickelte sich so etwas wie Celles erste "Reclaim The Street"-Party mit anschließender nächtlicher

Spontandemo. Trotz des friedlichen Verlaufs wurden fünf Personen festgenommen, allerdings schnell wieder frei gelassen, nachdem rund 50 Leute protestierend vor dem Polizeigebäude versammelt hatte.

Am Samstag, den 6. Juni, demonstrierten rund 150 TeilnehmerInnen solidarisch mit den Hausbesetzern und "gegen Wohnraumzerstörung und Mietwucher" durch die Altstadt. Von einem uneingeschränkten Demonstrationsrecht hielt man in Celles Verwaltungsspitze schon seinerzeit nicht viel. Hier nur eine kurze Passage:

"Der Aufzug darf nur aus einer Dreierkolonne bestehen. Es ist ein zusammenhängender Marschblock zu bilden, der stets in Fahrtrichtung die rechte Straßenseite zu benutzen hat und sich ständig im Schrittempo bewegen muß. Größere Pausen sind während des Marsches nicht erlaubt. (...) Bei mitgeführten Transparenten darf deren Breite die Breite des Aufzuges nicht überschreiten."

Weder der beantragte Beginn auf dem Großer Plan, noch eine Schlusskundgebung am Ort des Geschehens sollte erlaubt werden. Die gesamte Fußgängerzone sollte gemieden und die Demonstration auf dem Magnusstraßenparkplatz beendet werden. Wie der von dem Anmelder eingeschaltete Rechtsanwalt in seiner Begründung schrieb, zeigte sich darin die Absicht der Stadt, "den - ihr unliebsamen - Zweck der Demonstration zu be- bzw. verhindern." Das Verwaltungsgericht Lüneburg erteilte der Stadt in großen Teilen eine Abfuhr: Die beantragte Route wurde bestätigt, die Beschränkung auf "Dreierkolonnen" außer Kraft gesetzt, die Abschlusskundgebung wurde für den Kleinen Plan (immerhin noch im Nahbereich der umstrittenen Objekte) zugelassen.

"Gebt die Häuser her, sie steh'n zu lange leer!" oder "Mietwucher in dieser Stadt, das haben wir endgültig satt!" lauteten die Sprechchöre der bunten und lauten Demonstration. Mit dem Aufrufflugblatt wie mit den Redebeiträgen auf der Abschlusskundgebung wurde die direkte Aktion der Hausbestzungen in einen politischen Zusammenhang gestellt. Im Flugblatt ist u.a. zu lesen:

"Die Wohnungssituation von Menschen ist heute gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Wohnungsnot, Vermieterwillkür und Maklerunwesen, die mit der Not der Mieter Millionen erpressen. Auch in Celle wird Wohnraum vernichtet, Menschen werden aus der Innenstadt vertrieben, das Celler Stadtbild wird zerstört. Die Celler Innenstadt gleicht mehr und mehr einer Verkaufsbahn. '2000 Celler sind auf Wohnungssuche. Aber sie wollen und können keine hohen Mieten bezahlen.' Das meldete der >Celler Markt< am 24. April 81. Über 400 wußten keinen anderen Weg mehr, sie mussten sich bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft eintragen. Besonders betroffen sind: kinderreiche Familien, Arbeitslose, Familien mit geringem Einkommen, Ausländer, Wohngemeinschaften und Jugendliche. Die Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften erpressen die Mieter mit unsozialen Vertragsbedingungen. Neben immer höheren Mieten und Nebenkosten fordern sie insbesondere den Abbau des Kündigungsschutzes für Mieter, was die Mieter zum Freiwild



Transparente hängen an den nach der Besetzung zugebretterten Häuser .

macht. Miete und Wohnungsbau wird dem scheinbar freien Markt überlassen. Durch die Wohnraumpolitik der Regierungen wird Spekulanten unterstützt. Von daher ist es gerechtfertigt und zu begrüßen, wenn Mieter und Wohnungssuchende zur Selbsthilfe greifen."

Mit ihren Forderungen wandte sich die Demonstration direkt an die Stadt Celle:

"In Celle stehen viele Häuser leer, nicht nur das alte Talamini-Haus. Die Stadt Celle hat angesichts der herrschenden Wohnungsnot nicht das Recht, Wohnraum aus Spekulationsgründen verrotten zu lassen. Damit den Stadtvätern endlich klar wird, dass das nicht länger geduldet wird, rufen wir unter folgenden Forderungen zur Demonstration auf:

- Schluss mit Wohnraumzerstörung und Mietwucher
- Keine Strafanzeigen gegen die Besetzer
- Öffentliche Stellungnahme der Stadt zu ihren Plänen mit den Häusern
- Abschluss von Mietverträgen mit den Besetzern unter Übernahme der Instandsetzungskosten durch die Stadt."

Partei ergriffen hatte inzwischen das gerade frisch gegründete Anzeigenblatt "Celler Mittwoch" zu der Überschrift "Das Schweigen zu Pfingsten. Hausbesetzung geht zu Lasten der Stadt Celle!". Im Artikel ergriff Klaus Tänzer Partei für die Besetzer:

"Daß auch Söhne von Celler >Würdenträgern< (vom Geistlichen bis zum kommunalen Top-Beamten) an der friedlichen Besetzung beteiligt waren, läßt einmal mehr erkennen, wie sehr es hier um Themen geht, die der Erörterung bedürfen. Wenn in Celle [...] echte Wohnungsnot herrscht und Jugendliche dieses Problem öffentlich machen, dann muß man mit diesen jungen Menschen sprechen, statt sie lediglich mit Hausfriedensbruchanzeigen zu konfrontieren." (Celler Mittwoch, 03.06.1981)

Die Cellesche Zeitung reagierte dann doch - gewisserma-

ßen für die Verantwortlichen. Am Tag der Demonstration berichtete man unter der doppeldeutigen Überschrift "Am Heiligen Kreuz tut sich was" über die - wie es hieß - lange schon laufenden Vorbereitungen zum Verkauf der Häuser. Die Stadt habe sie ursprünglich erworben, um für den möglichen Investor "Horten" Fläche in der Altstadt vorhalten zu können. Der anstelle dessen gekommene "C & A"-Konzern habe dann nur geringere räumliche Ansprüche gehabt. Grundsätzlich sei man sich im Stadtrat einig, dass die Häuser "in ihrer jetzigen Gestalt erhalten werden sollen, und zwar mit der Auflage, daß die unteren Räume zu Gewerbezwecken, die oberen Räume zu Wohnungen nach den heutigen Modernisierungsaufgaben ausgebaut werden sollen." Ohne die Besetzung nur mit einem Wort zu erwähnen schloss der Artikel mit dem Satz: "Keinesfalls können irgendwelche Vorwürfe gegenüber der Stadt wegen der Unterhaltung der Häuser erhoben werden, denn es kann nicht von der Straße bestimmt werden, was der Rat nach sorgfältiger Überprüfung und genauer baulicher Abwägung für das Richtige im Interesse der Stadt hält." (CZ, 06.06.1981)

Von der Stadtverwaltung war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten. Dass sich die Ratsfraktionen in unrühmlicher Weise daran beteiligten, jegliche öffentliche Diskussion zu unterdrücken, zeigt vielleicht am deutlichsten ein Schreiben des Chefs der SPD-Ratsfraktion, Klaus Meier, an die Besetzer:

"Ihr an den Rat gerichtetes Schreiben vom 2. d. M. ist in meinen Besitz gelangt. Namens meiner Fraktion nehme ich dazu wie folgt Stellung: Die darin aufgeworfenen Fragen kann ich teilweise nicht beantworten, weil die kommunalverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten (Gewaltenteilung) alle in bei der Stadtverwaltung liegen. (...) Im übrigen halte ich es für einen schlechten Stil rechtlich bedenkliche Aktionen zu starten und danach ultimative Fragen bzw. Forderungen zu stellen. Die umgekehrte Reihenfolge hätte ich für angemessener gehalten!"

Ketzerisch könnte man sagen, so hat's die Kriegsgeneration halt gelernt: Erst eine ultimative Forderung stellen und dann den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beginnen. Nebenbei zeigt diese Antwort auch: Seinerzeit meinte man in der Provinz noch, auf Protest mit einer Gemeinschaftskunde-Lektion antworten zu können. - Gegenüber dem Celler Zündel äußerte er sich im Sommer zwar differenzierter, sah aber nach wie vor keinen Grund, die kommunale Wohnraumpolitik zu kritisieren. (Celler Zündel, September 1981, S. 6-7.)

Oberstadtdirektor Ulrich von Witten antwortete am 11. Juni auf eine Anfrage der Schülerzeitung "Virus", "daß über eine Nutzung städtischer Häuser nur durch die von der Bürgerschaft gewählten Ratsmitglieder in Zusammenarbeit mit der Verwaltung entschieden wird und nicht durch Diskussion mit der Straße." Und er hatte eine Antwort darauf, dass die Ratsfraktionen sich nicht rührten. Er könne sich denken, "daß die Fraktionen nicht mit Rechtsbrechern korrespondieren wollen." (GOOD-BYE SCHÖNE HEILE WELT. In:

Was auf Bewegungsebene folgte, blieb eher zahn. Recht erfolgreich wurde die Dimension der lokalen Wohnungsnot enthüllt: Auf eine gefakte Wohnungsanzeige meldeten sich an nur einem Samstag 113 Interessierte. (siehe "Telefonaktion der Hausbesetzer". In: Celler Zündel, August 1982, S. 10.) Bei der schnell abbröckelnden AktivistInnenzahl ging's dann bald nur noch um Anti-Repressionsarbeit.

Denn die Stadt Celle hatte gegen alle 27 Personen, die am 29.5. morgens und nachts geräumt wurden, Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) erstattet. Ein Jugendlicher wurde zu zwei Wochen Dauerarrest verurteilt, bei 24 weiteren wurden die Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt. (Celler Zündel, November 1981, S. 18) Übrig blieben die Anklagen gegen zwei nicht mehr dem Jugendstrafrecht unterliegende Arbeiter. Der eine wurde am 21.01.1982 - gewissermaßen als "Rädelsführer" - zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 1200 DM (ersatzweise 80 Tage Gefängnis) verurteilt; der andere am 11.5.1982 zu 500 DM Geldstrafe (oder 20 Tagen Gefängnis). (Celler Zündel, Februar 1982, S. 4-5 und Juni 1982, S. 16.) Am 24. August 1982 wurde die Berufung abgewiesen. (Celler Zündel, September 1982, S. 10.) Als Reaktion gab es immerhin noch eine Scheinbesetzung leerstehender Häuser im Bremer Weg 135/36.

Bei der Durchsicht der Dokumente fällt auf, dass es Forderungen hinsichtlich alternativer Wohnformen gibt. Thematisiert wird zwar, dass WGs am Wohnungsmarkt die schlechtesten Karten haben, nirgends aber taucht z.B. eine Phantasie von dem gemeinsamen großen Wohnprojekt auf. Dies mag seinen Grund darin haben, dass es für die meisten Jugendlichen keine Perspektive war, in Celle zu bleiben. - Wichtiger war der Diskurs um "Privateigentum", die sich z.B. daran aufhängte, ob leerstehende Häuser überhaupt jemandes "Besitz" sein können; Motto: Die Häuser sollten jenen "gehören", die darin wohnen.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die zeitlich begrenzte Bewegung damals ein Problem aufgeworfen hat, das erst in den letzten Jahren in den kommunalpolitischen Chefetagen angekommen ist: Es wohnt kaum noch jemand in der historischen Altstadt. Genau das war ein Thema der Bewegung. Sie forderte Instandsetzung und Modernisierung, damit der Wohnraum in der Altstadt genutzt wird und attraktiv bleibt. Stattdessen läuft seitdem und fast ungebrochen der seinerzeit kritisierte Ausbau zur "Verkaufsrennbahn".

Kaum vorstellbar ist heute, mit welcher Arroganz bzw. Selbstunterwerfung seinerzeit die Parteien und die CZ der Linie der Verwaltungsspitze folgte, sich durch ein "Verbot" der öffentlichen Auseinandersetzung außerhalb jeder Kritik zu stellen. Die im März 1981 gestartete Alternativzeitung "Celler



Die Häuser "Am Heiligen Kreuz" heute .

Zündel" hatte damit zwar erstmals ein brisantes, fast "exklusives" Thema, mit gut 600 Exemplaren aber wohl nicht die Reichweite, um den erforderlichen öffentlichen Druck herzustellen.

Drei Jahre später fand die Aktion eine Erwähnung im SPIEGEL. Unter der Überschrift "Daten über Kinder, Greise und Frauen. Hochgeheimer Prüfbericht enthüllt die dubiosen Praktiken der MAD" wurde enthüllt, dass der "Militärische Abschirmdienst" eine unglaubliche Datensammelwut an den Tag legte - und so auch die Daten von sechs Personen aus dem Umfeld der Hausbesetzung gespeichert worden waren. Der SPIEGEL zitierte aus dem internen Prüfbericht des Bundesdatenschutzbeauftragten:

"Ein politischer Hintergrund oder eine Anstiftung der Hausbesetzung durch linksextremistische Kräfte wurde durch das 7. Kommissariat Celle nicht erkannt. Allerdings heißt es in der MAD-Bewertung: 'Unter Zugrundelegung der bisherigen Erfahrungen wird auch bei der Hausbesetzung in Celle vermutet, daß die Initiative von linksextremistischen Kräften ausgeht.' Insgesamt wurden sechs Personen aus diesem Vorgang gespeichert. Sie erhielten darüberhinaus Merkmale, die sie als Teilnehmer an einer Demonstration ausweisen, sowie als Mitglieder anarchistischer/terroristischer Gruppen. Die Merkmalspeicherung ist nach meiner Auffassung durch den vorliegenden Sachverhalt nicht gedeckt. Aber auch die Speicherung als Zersetzungs Vorgang ist ... nicht gerechtfertigt. Die Hausbesetzung hatte mit der Bundeswehr nichts zu tun." (SPIEGEL, 4/1984, S. 30.) Die kritisierte "Basisdatei Zersetzung" sei seit 1981 nicht weitergeführt worden und die im Prüfbericht erwähnten Personendaten mittlerweile gelöscht, erfuhr der SPIEGEL.